

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berberstraße 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, Neudammstr. 50, in Leipzig: Heinrich Häbner, in Altona: Paschenstein u. Bogler, in Hamburg: J. Lütkeim und J. Schöneberg.

# Danziger Zeitung.



### Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Justiz- und Appellationsgerichtsrath Zeitfuchs zu Paderborn den Rother Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Königl. sächsischen Commerzien-Rath Richard Hartmann zu Chemnitz den Königl. Kronen-Orden dritter Klasse, so wie dem Glashütten-Besitzer Hermann Ebslein zu Wutrow im Kreise Oppeln und dem Kaufmann J. J. P. Hector zu Blissingen den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse zu verleihen; den Geheimen Regierungsrath Brunnemann zum Ober-Regierungsrath und Regierungs-Abtheilungs-Dividenten zu ernennen; und dem Rittergutsbesitzer Richard Schaeper zu Groß-Wanzleben den Titel Decomomiarath zu verleihen.

Der bisherige Privatdocent Dr. Gerhard vom Rath ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Königl. Universität in Bonn ernannt worden.

An der Landeschule Porta ist der Adjunct Dr. Kresschmer zum Oberlehrer ernannt worden.

### Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 12 1/2 Uhr Nachmittags.

London, 29. Juli. Die „Morning Post“ und die „France“ enthalten ein Schreiben der polnischen National-Regierung vom 10. Juli c. an Czartoryski, worin dieselbe erklärt, die Vermittelung der Mächte annehmen und in einen Waffenstillstand willigen zu wollen, wenn dieser überall eintritt, wo der Kuffstand im Gange, wenn ferner die Verhafteten befreit und die Verbannten zurückgerufen werden und wenn endlich eine internationale permanente Commission die Ausföhrung überwacht.

### (W. C. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Breslau, 28. Juli. Das Mittagsblatt der „Schlesischen Zeitung“ bringt folgende Nachricht aus Warschau vom 26. d.: Die zweite Nummer des Journals „Niepodleglosc“ enthält eine amtliche Bekanntmachung der National-Regierung, daß sie den Bürger Ladislaus Czartoryski, Sohn des verstorbenen Fürsten Adam Czartoryski, zu ihrem diplomatischen General-Agenten in Paris und London ernannt habe.

London, 28. Juli. Das Parlament wurde heute durch königliche Commissarien vertagt. Die Thronrede dankt für die Gelbbewilligungen zum Staatsdienst und für die Ausstaltung des Prinzen von Wales. In Betreff der inneren Zustände spricht sie die Zufriedenheit der Königin darüber aus, daß in Indien der Wohlstand sich hebe und in England der Geschäftsverkehr trotz der Krisis in Amerika ungehört fortbestehe. Der Paragraph über die auswärtigen Verhältnisse wünscht die freundschaftlichen Beziehungen zu Brasilien wieder hergestellt zu sehen, hofft auf Erhaltung des Friedens mit Japan, erwähnt der Verhandlungen, die über die Abtretung der jonischen Inseln mit den Unterzeichnern des Vertrages vom 5. November 1815 geführt werden, bedauert, daß der Krieg in Amerika noch immer fortbauere und erklärt, daß für England kein Grund gewesen sei, die von Anfang beobachtete Neutralität aufzugeben. In Betreff Polens heißt es fobann wörllich: „Die Königin hat mit tiefem Bedauern die gegenwärtige Lage Polens gesehen und betheiligte sich gemeinschaftlich mit dem Kaiser von Frankreich und dem Kaiser

von Oesterreich an Verhandlungen, deren Zweck die Erfüllung der Polen betreffenden Stipulationen der Wiener Verträge war. Die Königin vertraut, daß diese Stipulationen zur Ausführung kommen und dadurch ein für das menschliche Gefühl schmerzlicher, für die Ruhe Europas gefährlicher Conflict beendigt werden wird.“

London, 28. Juli. Der Postdampfer „Hibernian“, mit 2200 Dollars an Contanten, hat Newporter Nachrichten vom 17. d. in Londonderry abgegeben. Die Unruhen dauerten mit großer Wuth auch am 15. und 16. fort. Es kam mehrmals zu Gefechten zwischen dem Militair und dem Volke, die viel Menschenleben kosteten. Am 17. Morgens war die Ruhe wiederhergestellt. Die Regierung hat beträchtliche Streitkräfte herangezogen. Die Potomacarmee steht bei Berlin in Maryland; Lee marschirt auf Culpepper Court House. Die Belagerungsarmee vor Charleston hat Fort Sumter drei Tage lang bombardirt, bis jetzt ohne Erfolg; auch das auf der Insel Morris gelegene Fort Wagner hält sich noch.

### Politische Uebersicht.

Der „Niederschlesische Anzeiger“ in Glogau hat eine erste, die „Östdeutsche Zeitung“ in Posen eine zweite Verwarnung erhalten.

Die „Kreuzzeit.“ spricht in ihrem letzten Leitartikel einer Verständigung zwischen Preußen mit England und Oesterreich das Wort. Der Artikel ist namentlich in sofern charakteristisch, als die „Kreuzzeitung“, diese Verehrerin alles dessen, was von Rußland kommt, es jetzt „einen nicht ausreichenden und nicht ganz zuverlässigen Bundesgenossen“ nennt. Es heißt in dem Artikel: „Man hat in England von Anbeginn keinen Krieg mit Rußland beabsichtigt, wohl aber hat man gemeint, gewisse Zwecke durch diplomatische Drohungen erreichen zu können, und man zieht heute zurück, weil man die Ueberzeugung gewonnen, daß die russische Regierung in ihrem Volke den erforderlichen Rückhalt besitzt, um jede etwaige Siegesbeute um einen sehr hohen Preis verlaufen zu können. Ueberdies ist England heute, wo ihm die amerikanischen Häfen mehr oder weniger verschlossen sind, der sehr bedeutenden Steigerung der Baumwollen-Production in Indien ungeachtet, mehr als sonst, sowohl mit seinen Rohproducten, als auch mit seiner Verproviantirung auf einen friedlichen Verkehr mit Rußland angewiesen. und es kann daher schwerlich sein Interesse dabei finden, in einen Krieg hineinzutreiben, der auf englischer Seite überwiegend in einer ihm selbst besonders schädlichen Vorkriegung der russischen Häfen bestehen würde. Dabei ist das englische Cabinet zu practisch und zu weitsichtig, um Frankreich, das „scheinbar für Polen, in Wahrheit aber zu ganz anderen Zwecken den Frieden Europas brechen möchte“, in diesem seinem Vorhaben zu unterstützen. — Je mehr sich aber hierdurch die Situation zu unseren Gunsten verwandelt, um so mehr erscheint es uns eine dringende Aufgabe der preussischen Politik, eine nähere Verständigung in dieser Richtung mit Oesterreich und insbesondere mit England zu suchen. Rußland allein ist für uns weder ein ganz ausreichender, noch ein ganz zuverlässiger Bundesgenosse. — Verharren wir noch lange in der letzten Reserve, dann muß unsere Stellung je länger desto einflußloser und gefährdeter werden, und zwar um so mehr, als, wenn wir die Situation recht beurtheilen, die letzten Zwecke mancher Preußen, besonders wohlwollender Staatsmänner darauf gerichtet sein dürfen, Preußen eben sowohl in Deutschland als in Europa zu isoliren und namentlich Frankreich gegenüber in eine ähnliche Stellung zu versetzen, als in welcher sich Oesterreich während

des italienischen Krieges befand. Ueberhaupt wäre es wohl gut, wenn man nicht bloß Rußland, sondern auch sich selbst an das Königreich Italien erinnerte! Die Consequenzen, welche man jetzt französischerseits gegen Rußland in Polen zu ziehen versucht, werden auch Anderen auf anderen Gebieten nicht erspart bleiben. Ob der jetzige Vertreter Preußens in London der geeignete Mann ist, um hier die rechte Stellung zu finden?“

Sowohl aus diesem Artikel, als auch aus mehreren Londoner Correspondenzen geht hervor, daß man großes Mißtrauen gegen Napoleon wegen gewisser Pläne in Bezug auf Preußen hat.

Im Ganzen hat die Situation in den letzten Tagen einen anscheinend friedlicheren Character. Die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens gründet sich einmal auf die Annahme, daß Rußland dem energischen Andringen der drei Mächte schließlich doch nachgeben werde und alsdann insbesondere auf die allerdings unzweifelhafte Thatsache, daß sowohl England, als auch Oesterreich ernstlich bemüht sind, den Frieden zu erhalten. Wenn diese beiden Mächte — so deductirt man — alle kriegerischen Anträge Frankreichs zurückweisen werden, so wird Napoleon, selbst wenn er will, den Krieg nicht beginnen können. Allerdings scheint es nach allen äußerlichen hervortretenden Anzeichen richtig zu sein, daß England für jetzt die Vorschläge Frankreichs, sofort gegen Rußland den Krieg zu beginnen, abgelehnt und daß in Folge dessen auch Oesterreich sich schwierig gezeigt hat. Aber wenn Rußland — wie kaum anders zu erwarten ist — bei seiner Ablehnung der Forderungen der drei Mächte verharret, was dann?

Der Pariser Correspondent der „Kreuzzeitung“ äußert sich darüber wie folgt: „Es ist rasch gesagt, daß der Kaiser zu klug sei, um sich ohne Bundesgenossen in einen Krieg gegen Rußland zu stürzen; aber die Frage ist, was er, der vor allen Dingen die Befestigung seiner Dynastie anstrebt, für klüger hält: einen klühen Griff oder einen Rückzug in der auswärtigen Politik, der ein bedenkliches Seitenstück zu der Schluppe in den Wahlen von Paris sein würde. Er hat sich in der polnischen Frage schon viel zu sehr der öffentlichen Meinung in Frankreich gegenüber engagirt, als daß er sie fallen lassen könnte, ohne seinem Ruhme eine unheilbare Wunde zu versetzen. Dazu kommt, daß, wie unbesonnen ein klüher Griff auch immer erscheinen möge, das Empire in Folge der Zerissenheit Europas noch mehr als wegen seiner Streitkräfte, noch manche Chancen haben würde, jedenfalls in der Ueberzeugung Louis Napoleons selber. Es ist daher sehr leicht erklärlich, daß man den lebhaftesten Besorgnissen gerade bei vielen von jenen mehr oder weniger hochgestellten Japericalisten begegnet, welche einen internationalen Staatsstreich fürchten. Daß solche Besorgnisse überhaupt existiren, beweist, daß die Situation nicht so glatt ist, als man draußen zu glauben scheint.“

Wie man der „Wiener Presse“ mittheilt, sollte der Kaiser von Oesterreich am 27. die Reise nach Gastein zum Besuch des Königs von Preußen antreten, einige Stunden dort verweilen und sodann über Regensburg mit der Kaiserin nach Wien zurückkehren.

Der halbamtlichen „Karlsruher Zeitung“ wird von Wien geschrieben: „Aus der jetzt veröffentlichten Depesche, welche das österreichische Cabinet fast unmittelbar nach Eingang der russischen Antwort-Note nach Paris und London gesandt, wissen Sie bereits, daß eine entscheidende Wendung in der österreichischen Politik eingetreten ist. . . Der Mo-

### Die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz.

Bürich, 25. Juli 1863. Man hat so oft von den im Auslande lebenden Deutschen gehört, daß sie im Ganzen sehr wenig Sinn für ihre natürliche nationale Zusammengehörigkeit zeigen, daß sie dem nationalen Stolz der nationalen Arroganz anderer Völker gegenüber allzu bereitwillig ihre eigene Nationalität opfern und ihnen deshalb nationale Charakterlosigkeit, Mangel an patriotischem Sinn und nationalem Ehrgefühl vorgeworfen. Von den deutschen Arbeitern in der Schweiz kann dies Alles aber nicht gesagt werden. Gerade der Gegensatz, in welchen sie ihre Nationalität zu den eingeborenen Berufsgeossen in der Schweiz brachte, ist die erste Ursache gewesen, welche die Bildung von localen deutschen Arbeitervereinen und später die Centralisirung derselben veranlaßte. Diesem äußerst practischen Bedürfniß verdanken die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz ihr festes Fundament und mag man das Vorhandensein einer solchen Ursache im gemeinsamen Völkerverleben überhaupt beklagen, so darf man doch nicht seinen Nutzen in diesem einzelnen Fall übersehen. Denn wie die Arbeiter es noch auf ihrer letzten Centralversammlung in Bürich offen herausgesagten, war der Gegensatz zu ihren schweizer Berufs-Genossen für sie ein wirksamer Sporn, ihr Vereinsleben nach allen Richtungen hin so fruchtbar wie möglich zu entwickeln. Die Erfolge ihrer gemeinsamen Anstrengung sind wahrhaft erfreulich und nicht nur jeder Patriot, sondern jeder Menschenfreund wird gewiß mit Interesse von ihnen hören. Außerdem können sich die Arbeitervereine im Vaterlande manche von ihren erprobten Einrichtungen zum Nachahmer nehmen.

Im Ganzen bestehen in der Schweiz 50 deutsche Arbeiterlocalvereine, sehr verschieden an Zahl der Mitglieder, die sich in den kleinsten mitunter auf 16 und 10 beschränkt, in den größten bis zu 500 sich ausdehnt, aber alle gleich in ihren Tendenzen. Daher hat sich auch die Centralisirung sämtlicher Vereine leicht bemerklichstellen lassen. Ohne die Autonomie in Specialangelegenheiten der Localvereine zu beschränken, gewährt die Centralisation sämtlichen Mitgliedern Vortheile, die nicht gering angeschlagen werden dürfen und sie pflegt einen schönen Gemeinfinn unter ihnen, der dem deutschen Na-

men wahrhaft Ehre macht. Die erste Frucht der Centralisation war eine allgemeine Wanderunterstützungskasse. In diese ist jedes Mitglied gleich zu steuern verpflichtet und erwirbt dadurch das Recht auf eine bestimmte Geldhilfe von jedem Verein, falls es auf der Wanderung in der Schweiz deren bedürftig wird. Wie es in dem Centralstatut heißt, soll dadurch eine demoralisirende Gewohnheit, das Fehlen der Wanderburschen, beseitigt werden und diesen Zweck hat der Verein mit dieser Kasse vollkommen erreicht. Ferner ist jedes Mitglied eines Localvereins in jedem andern eo ipso Mitglied. Jeder neu Zugewanderte wird überall im Localverein brüderlich aufgenommen und erhält über Unterkommen, Einrichtung u. jede erforderliche Auskunft. In sofern ersagen die Vereine vollständig die Herbergen der alten Bänste. Endlich werden die schwächeren Vereine von der Gesamtheit auf jede nur mögliche Weise unterstützt und aufrecht erhalten, wodurch ihnen Vortheile zugewandt werden, die sie, auf sich allein angewiesen, nicht genießen würden. So schicken z. B. die größeren Vereine den kleineren regelmäßig Zeitungen und andere Lectüre, wenn diese sie nicht aus eignen Mitteln zu beschaffen vermögen, die Centralisation übernimmt Garantien z. B. für Localmiete oder andere ökonomische Einrichtungen u. c. Die Centralisation hat überdies ihr Centralorgan, das „Felleisen“, in dem alle Vereins-Angelegenheiten und was sonst die Arbeiter interessiert, behandelt wird. Das Blatt wird von Arbeitern redigirt und alle Aufsätze werden von Mitgliedern geschrieben. Ich habe eine ganze Anzahl Nummern durchgesehen und war nicht wenig überrascht von ihrer redactionellen Correctheit und der Feder-gewandtheit, die die einzelnen Artikel an den Tag legen.

Jährlich feiert die Centralisation ein gemeinsames Fest, bis jetzt stets am Sitz des Borsorts, wobei zugleich die Angelegenheiten des Centralvereins durch Abgeordnete sämtlicher Localvereine herathen und regulirt werden. Das letzte fand Anfang dieser Woche hier statt und sowohl die äußern Arrangements und Aufzüge wie der Geist, der das ganze Fest beseele, und die Haltung der Festgenossen waren würdig der großen Nation, die sie in diesen Tagen auch nach außen hin repräsentirten. Von der gesunden Richtung geben die Beschlüsse des Centraltages Zeugniß, und wenn man er-

wägt, wie wahrhaft Tüchtiges ganz aus dem eigenen Interesse und der eigenen Kraft dieser Männer hervorgegangen, so weiß man auch das Gewicht der Worte und patriotischen Gefühle, welche während der Festtage zum lebendigen Ausdruck kamen, für die Zukunft des Vaterlandes zu schätzen.

Das Leben und Treiben in den Localvereinen grebt ein detaillirtes Bild von ihrem eigentlichen Leben. Der hiesige ist von allen der größte; hier findet man es daher am vollkommensten nach allen Richtungen hin ausgebildet. „Einigkeit macht stark, Bildung frei.“ Dieser schöne Wahlspruch, welcher auf dem mächtigen schwarz-roth-goldenen Banner in großen weithin leuchtenden Zügen prangte, das den schönen statlichen Festzügen während der Festtage voranwehte, sehen wir hier vor Allem beherzigt und zur Richtschnur genommen.

Für die geistige Ausbildung sorgt zunächst eine zahlreiche wohlgewählte Bibliothek, die der Verein fast ganz aus eignen Mitteln allmählig zusammengebracht hat. In dem Vereinslocal liegen täglich wenigstens 12 verschiedene Zeitungen und Journale auf, die stets eifrig gelesen werden. Mit welcher Liebe die Gesangskunst im Verein gepflegt wird, davon zeugten die schönen Gesangsleistungen des vierstimmigen Chors und die allgemeinen Gesänge während der Festtage. Wöchentlich wenigstens einmal Abends wird regelmäßig eine sogenannte Discusstionsstunde abgehalten. Ein Fragekasten liefert den Stoff für die Besprechung. Auch hier sind die Arbeiter fast ganz auf sich selbst angewiesen. Nur die Herren Wislicenus, Vater und Sohn, haben ihnen bisher von Zeit zu Zeit naturwissenschaftliche und allgemein interessirende Vorträge gehalten. Im Uebrigen sind es nur Mitglieder, welche die gegebenen Stoffe zu gemeinsamen Nutzen stets in freier Rede an den Discusstionsabenden behandeln und durcharbeiten. Die Bethmungen während des letzten Centralfestes bewiesen, daß diese Discusstionen eine vortreffliche Schule für die Vereinsmitglieder abgeben. Ganz besonders gepflegt wird die Turnerei. Ganz auf eigene Kosten hat der hiesige Verein einen Turnplatz für den Sommer mit allen dazu erforderlichen Geräthen hergerichtet. Im Winter wird der große Saal eines Gasthauses vor der



nat August dürfte die schließliche Entscheidung zu bringen bestimmt sein. Es wird zwischen den drei Mächten mit einer Beschleunigung verhandelt, welche den Beweis liefert, daß man jetzt auf allen Seiten das Bedürfnis empfindet, die Lage vollends zu klären, und was auch kommen möge, Krieg oder Friede, das Eine scheint sicher, und schon das ist von der weitreichendsten Bedeutung, daß, wie schon jetzt die Sache liegen, von dem Baue der ehemaligen heiligen Allianz die letzten noch aufrecht gestandenen Reste abgetragen sind."

Aus Paris vom 26. Juli schreibt man der „Köln. Z.“: „Man hält den heutigen Artikel des „Constitutionnel“ für das Symptom einer steigenden Spannung zwischen Frankreich und Rußland. Es ist nicht unmöglich, daß der Kaiser einen raschen Entschluß faßt, denn das Land fängt an, die Nachteile der Ungewißheit zu empfinden. Mehrere große Finanzmänner sollen bereits dem Kaiser zu verstehen gegeben haben, wenn der Krieg nicht zu vermeiden sei, so müsse man ihn sofort begreifen, da die Geschäfte eine lange Zögerung empfindlich verspüren würden. Mit Oesterreich scheint das Einvernehmen vollkommen zu sein; man spricht u. A. von einem eigenhändigen Briefe Napoleon's III. an den Kaiser Franz Joseph, welcher in sehr warmen Ausdrücken gefaßt sein soll.“

In Newyork sind in Folge der Aushebungen bedenkliche Unruhen ausgebrochen (s. unten).

#### Deutschland.

Berlin, 28. Juli. Se. Kgl. Hoheit der Prinz Friedrich ist gestern Abend 5 $\frac{1}{2}$  Uhr verschieden. Prinz Friedrich, bekanntlich ein Vetter des Königs, war am 30. October 1794 geboren, seit dem 21. November 1817 mit der Prinzessin Luise, Tochter des letztverstorbenen Herzogs von Bernburg vermählt, Ehrensenior des eisernen Kreuzes zweiter Klasse, Chef des Schlesischen Cuirassier-Regiments Nr. 1, das seit der Krönung des Prinzen Namen trägt, und Stellvertreter des Großmeisters im Capitel des königlichen Hausordens von Hohenzollern.

— 33. KK. HH. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin werden im Laufe dieser Woche von Putbus nach Berlin zurückkehren.

#### Frankreich.

Paris, 26. Juli. Der „Temps“ verlangt, wie jüngst die „Opinion Nationale“, daß man den Polen die Eigenschaft einer kriegführenden Partei zuerkennt, wie man dies ohne Anstand den amerikanischen Conföderirten gegenüber gethan. Frankreich müsse die Initiative zu diesem Schritte ergreifen. — Die Depesche, welche Lord Napier an seine Regierung gesandt, hat deßhalb Aufsehen gemacht, weil man daraus entnehmen will, daß an ein Nachgeben seitens Rußlands nicht mehr gedacht werden darf. Die Polen selbst beanspruchen eine bewaffnete Intervention nicht. Sie verlangen nur, daß man ihnen gestattet, sich mit Munition und Waffen im Auslande zu versehen, und dem Zugzuge der Freiwilligen keine Hemmnisse mehr in den Weg legt. Sie wollen dann schon selber mit den Russen fertig werden. Sie rechnen in diesem Falle fest darauf, daß sich alle früher zum Polenreiche und jetzt zu Rußland gehörigen Provinzen erheben.

#### Rußland und Polen.

Wilna, 22. Juli. Ein neues Dekret Murawiew's erklärt, daß in Littauen und Volhynien nur die Ansiedler aus Rußland und den Ostseeprovinzen „unverdächtig“ sind, und auch diese nicht einmal Alle.

#### Amerika.

— Die Tumulte in Newyork scheinen sehr großartige Dimensionen angenommen zu haben. Die Corresp. Havas bringt über dieselben folgenden Telegramme:

Newyork, 14. Juli. In verwichener Nacht haben große Unruhen stattgefunden. Ein großer, meistens aus Arbeitern und Weibern bestehender Haufe durchzog von einem gewissen Andrews und etwa 300 andern Individuen geleitet, die bedeutendsten Stadttheile. Er steckte das Arsenal und eine ziemlich Anzahl Häuser in Brand, u. A. die Bureau des Journals „die Tribune“. Vorübergehende wurden auf dem Broadway angefallen und ausgeplündert. Jeder Keger, der diesen Menschen in die Hände fiel, wurde getödtet. Fünzig kamen auf diese Weise um, worunter einer, den man aufhängte und dann durch ein unter ihm angezündetes Feuer verbrannte. Die Truppenabtheilung, welche sich bei dem Proceß befand, gab Feuer, wurde aber bewältigt und furchtbar mißhandelt. Der Maire von Newyork hat die Bürger zusammenberufen, um eine Spezialgarde zu bilden; aus Baltimore sind bedeutende Streitkräfte herangezogen worden. Die Unruhen dauern auch heute fort, alle Geschäfte stehen still. Die Gewölbe und Läden sind geschlossen. Die republikani-

Stadt benutz, in welchem der Verein seine großen Versammlungen hält. Die Vereinsturnerschaft ist vollständig so eingetheilt und disciplinirt, wie wir's auf allen großen deutschen Turnplätzen finden und ihr Eifer sowohl wie ihre Leistungen können vollständig mit ihren vaterländischen Turngenossen rivalisiren.

Neben diesen Bestrebungen für die geistige, sittliche, gemüthliche und körperliche Fortbildung sorgt der Verein auch für die ökonomischen Interessen seiner Mitglieder und diese Einrichtung ist es besonders, welche ich den Arbeitervereinen in Deutschland zur Nachahmung empfehlen möchte. Alle Vereinsmitglieder, die nicht bei ihren Arbeitgebern beschäftigt werden, haben sich zu einer besonderen Menagegenossenschaft vereinigt, in der sie für 1 Fr. (8 Sgr.) täglich früh, Mittags und Abends ganz vortreflich verpflegt werden. Das notwendige Wirthschaftskapital wird aus bestimmten Einlagen beim Eintritt in die Genossenschaft gebildet, die Jedem auf das laufende Kostgeld verrechnet werden, so daß er eigentlich nur immer eine Pränumerando-Zahlung desselben zu leisten hat. Der Genossenschaftsvorstand leitet die Küche und die Einkäufe und alle sind von der Einrichtung befriedigt, weil sie so billig und so gut auf keinem andern Wege hier zur Befriedigung kämen. Die Kücheneinrichtung, das Geschirr, die Tischwäsche, Alles ist Eigenthum der Genossenschaft, und jede gute Hausfrau würde ihre Freude an Allem diesem haben. Eine Abtheilung des Vereinsgesamtslokals dient den besondern Zwecken der Genossenschaft, die dafür an den Verein besonders vergütet. Was die Consumvereine für die Arbeiterfamilien sind, ist diese Menagegenossenschaft hier für den einzelnen Arbeiter und sie leistet noch mehr, indem sie zugleich die Annehmlichkeiten des Zusammenlebens in der Familie bietet.

Ich glaube, diese kurze Skizze wird genügen, um den wackeren, freisinnigen und patriotischen Sinn der deutschen Arbeiter in der Schweiz zu documentiren. Für die Entwicklung unserer vaterländischen Zustände sind diese Vereine von unschätzbarem Nutzen. Jährlich gehen Tausende von Handwerkern und Arbeitern durch diese Schule und bringen die besten Früchte davon wieder in die Heimath.

schon Journale beschuldigen die Anti-Abolitionisten, die Urheber aller dieser Ausbrüche zu sein.

Newyork, 15. Juli. Gestern dauerten die Unruhen in Newyork fort. Es wurden viele Leute getödtet. Der Pöbel hat sich des Obersten D'Brien bemächtigt, und ihn an einem Laternenpfahl aufgehängt. Die Empörer befinden sich in starker Anzahl in dem oberen Stadttheile, wo sie Häuser verbrannt und Gräueltathen verübt haben. Alle Keger haben sich gesammelt. Die Unruhen haben auf die Staaten-Insel übergegriffen. Die Wohnungen der Schwarzen zu Brooklyn sind verbrannt worden. Gouverneur Seymour hat angezeigt, daß er um Vertagung der Conscription sich nach Washington gewandt habe, und nach dem „Herald“ erhielt er von dort den Befehl, sie vorläufig einzustellen.

Newyork, 15. Juli (Abends). Der obere Theil der Stadt ist in der Gewalt der Aufrührer, die viele Häuser zerstört und verbrannt haben. Es fanden zahlreiche Zusammenstöße zwischen den Truppen und den Boikshausen statt. Man mußte gegen den Pöbel von der Artillerie Gebrauch machen. Es gab mehrere Tode. Der Aufstand wird, wie man nicht zweifelt, bald unterdrückt sein.

#### Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 3 $\frac{1}{2}$  Uhr Nachmittags.

**Constantinopel, 27. Juli. Kubar Bey reist am Mittwoch mit Anweisung der hohen Pforte bezüglich der Suezfrage von hier ab. Man glaubt, seine Weisung laute auf Abschaffung der Frohnarbeiten und Ablösung des Terrains.**

**Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist Dsch Mohamed nicht todt, sondern im Besitze Serats.**

Danzig, den 29. Juli.

\* [Stadtverordneten-Versammlung am 28. Juli.]  
Vorsitzender Herr Th. Bischoff; Vertreter des Magistrats: die Herren Oberbürgermeister v. Winter, Bürgermeister Dr. Ling und Stadtbaurath Licht. Nach Erledigung mehrerer weniger bedeutenden Angelegenheiten, auf die wir weiter unten zurückkommen werden, trat die Versammlung in die Verhandlung der bereits erwähnten wichtigen Magistratsvorlage in Betreff des städtischen Lazareths. Wir entnehmen derselben Folgendes: Durch Stadtverordneten-Beschluß vom 24. Sept. 1861 wurde unter Zustimmung des Magistrats eine gemischte Commission eingesetzt, welche erwägen sollte, wie unbeschadet der von beiden Communalbehörden anerkannten Selbstständigkeit des Lazareths die Communalinteressen gegenüber der Stiftung gesichert werden könnten. Als Basis der Verhandlungen wurde durch eine Subcommission ein Statut für die Verwaltung des Lazareths entworfen, das als Grundsatz ausgesprochen, es müsse eine vollständige Convention zwischen Lazareth und Stadtgemeinde in das Statut aufgenommen werden. Die Lazarethvorsteher weigerten sich, diese Grundlage zu acceptiren, verlangten vielmehr, daß zunächst die Selbstständigkeit des Lazareths festgestellt werde, hiernach erst wollten sie sich zu einem Vertrag mit der Commune verstehen. Mehrere Verständigungsversuche blieben ohne Erfolg; die Commission wollte nun das Gutachten des Magistrats einholen, in Folge dessen Herr Bürgermeister Schumann ein Statut nebst Vertrag ausarbeitete. Ehe dieses aber zur Verhandlung kam, schied Herr Schumann aus seinem Amte. Die erfolgte Veränderung in der Zusammensetzung des Magistrats machte eine nochmalige prinzipielle Verhandlung der ganzen Angelegenheit notwendig, in Folge deren der Magistrat den früher eingenommenen Standpunkt aufgegeben hat und eine Selbstständigkeit des Lazareths, in dem Sinne, wie er sie früher behauptet hatte, nicht für gerechtfertigt anerkennt. Der Magistrat kann nicht finden, daß die frühere Ansicht in den vorhandenen Urkunden ihre Begründung hat, oder daß sie mit der nachweisbaren geschichtlichen Entwicklung des Instituts im Einklang steht. Ueber die erste Stiftung des Lazareths ist nichts bekannt. Man weiß nicht, ob es von dem Orden, von der Stadt oder von Privatpersonen gestiftet wurde, auch nicht, ob ihm die Rechte einer juristischen Person beigelegt worden sind. Die ältesten urkundlichen Erwähnungen desselben lassen sich nach allen Seiten auslegen. Die Stadt unterstützte es sehr bald durch directe Zuschüsse, und durch Erhebung von Steuern zu dessen Gunsten. Dafür hat sie aber auch gewichtigen Einfluß geübt. Sie hat nach freiem Ermessen das Lazareth bald mit andern ähnlichen Instituten vereinigt, bald von ihnen getrennt, sie hat ferner die Gattung der Kranken Behufs der Aufnahme und die Bedingungen dazu willkürlich bestimmt; ebenso versagte sie selbstständig über das Vermögen der Anstalt, z. B. beim Verkauf von Grundstücken und bei den Gehältern der Beamten. In neuester Zeit hat die Stadt ohne irgend welche Einsprache das Lazareth zur Erfüllung der ihr obliegenden Armenkrankepflege verwendet; sie hat über die freie Verpflegung und über die Erstattung der Kurkosten Verfügung getroffen. Dagegen sind sowohl die laufenden Ausgaben, die nicht aus den Revenüen des Lazareths gedeckt werden konnten, wie alle erforderlichen außerordentlichen Aufwendungen aus Communalmitteln bestritten worden. Auch schon zur freistaatlichen Zeit ist behufs der Erhaltung des Lazareths die Bürgerschaft besteuert. Der Magistrat schließt hieraus, daß die Stadt das Recht hat, das Lazareth auch ferner zur städtischen Krankenpflege zu verwenden und daß die Communalbehörden eine solche Theilnahme an der Verwaltung des Lazareths haben müssen, welche die Stadt gegen unzumessige und unwirtschaftliche Verwaltung sichert. Nachdem der Magistrat die rechtlichen Bedenken hat fallen lassen, welche er früher in Beziehung auf die Annahme des von der gemischten Commission ausgearbeiteten und von der Königl. Regierung 1861 sanctionirten Statuts hatte, empfiehlt er, wie bereits die Morgennummer gemeldet, nunmehr das Lazareth als städtische Anstalt anzuerkennen und sich damit einverstanden zu erklären, daß das von der Königl. Regierung genehmigte Statut vom 9. October 1861 provisorisch eingeführt werde.“

Herr Bürgermeister Dr. Ling: Die Sachlage habe sich seit Fassung der Vorlage geändert. Außer dem Vernehmen nach habe Herr Geheimrath Esse aus Berlin seitdem im Auftrage des Cultusministeriums ein neues Statut für das Lazareth den Vorstehern vorgelegt und diese es bereits unterschrieben. So weit ihm bekannt geworden, bestimmte dieses Statut, daß die Stadt künftig nur 100 Kranke frei ins Lazareth senden könne, für jeden mehr 12 $\frac{1}{2}$  Sgr. pro Tag zu bezahlen und sonst keinen Einfluß auf die Leitung und Verwaltung des Instituts habe. Redner beleuchtet alsdann die bekannte, das Lazareth betreffende Denkschrift des früheren Hn. Bürgermeisters Schumann und widerlegt die darin entwickelten juristischen Ausführungen. Wenn auch die Stadt die Verwaltung der Anstalt sei, könne diese doch niemals ihrem bisherigen Zwecke entfremdet werden; ferner bestiehe

ausdrücklich eine Bestimmung in der Städteordnung, daß derartige Institute durch von der Armendeputation zu ernennende Bürger verwaltet werden können. Die Vertretung der Anstalt durch die Communalbehörde böte alle Garantie zur Wahrung ihrer eigenen Interessen. Entscheidend sei, daß von je her die städtischen Behörden stets bestimmt hätten, welche Kranken gratis und welche gegen Entschädigung aufgenommen werden sollten. Niemals sei auch das Vermögen des Lazareths als eigenes, völlig für sich bestehendes abgerundetes Vermögen angesehen worden; die Commune habe, wo es nöthig, Zuschüsse geleistet und die Bürger seien zur Aufbringung derselben besteuert worden. Wenn sie bei der Verwaltung nicht mehr mitzusprechen hätte, könnten Verhältnisse eintreten, die dieselbe zum Baue eines eigenen Krankenhauses zu enormen Kosten zwängen.

Nachdem ein Antrag der Herren J. C. Krüger und Klose, die Debatte über den Gegenstand zu vertagen abgelehnt ist, stellt Hr. J. C. Krüger an die Vertreter des Magistrats die Frage, weshalb der Magistrat bei den zweimaligen Hiersein des Hn. Geheimrath Esse den Verhandlungen desselben mit den Lazarethvorstehern nicht beigewohnt habe. Wie er äußerlich gehört, sei der Magistrat dazu aufgefordert worden. — Hr. Oberbürgermeister v. Winter erwiderte hierauf, daß dem Magistrat eine solche Aufforderung nicht zugegangen sei. Wie ihm mitgetheilt worden, sei der Herr Bürgermeister privatim erjunkt, der betreffenden Konferenz beizuwohnen, habe aber selbstverständlich darauf hin nicht erscheinen können. Ueberhaupt habe er (der Redner) es für unmöglich gehalten, daß die Vorsteher des Lazareths, deren Stellung zum Magistrat männiglich bekannt sei, mit Uebergehung des Magistrats, ihrer nächsten Aufsichtsbehörde, solche Unterhandlungen anknüpfen würden. Er habe Gelegenheit genommen, dem Herrn Geh. Rath Esse, als er ihm persönlich Mittheilung davon gemacht, seine Meinung darüber offen auszusprechen. Er könne es nur aufs Tiefste bedauern, daß die Angelegenheit eine solche, den Interessen der Stadt nicht entsprechende Wendung genommen habe. Er halte es für die erste Pflicht der städtischen Behörden, dieses Interesse und Recht in jeder Beziehung zu wahren. Er zweifle nicht daran, daß die Stadtverordnetenversammlung darin sich mit dem Magistrat vereinigen werde. (Lebhafter Beifall.) Herr Bürgermeister Ling bestätigt, daß er nur privatim von einem der Herren Vorsteher des Lazareths dazu aufgefordert sei, zu der Conferenz mit Herrn Esse zu erscheinen und daß er dieser privaten Aufforderung natürlich nicht habe folgen können. Er theilt ferner mit, daß er den Herrn Vorsteher ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß der Magistrat die nächste Aufsichtsbehörde des Lazareths sei und daß die Vorsteher im Interesse der Stadt handeln, wenn sie sich mit diesem zunächst vereinbarten. Hr. J. C. Krüger nimmt das Wort, um seine früher stets geltend gemachte Ansicht, daß das Lazareth eine milde Stiftung sei, noch einmal auszuführen. Er könne in dieser Meinung auch nach dem, was die Magistratsvorlage sage und der Hr. Dr. Ling angeführt habe, nicht irren werden. Redner citirt Beschlüsse aus den Jahren 1826, 1830 und 1844, in denen immer das Lazareth als Stiftung anerkannt sei und ihm als solcher verschiedene Fälle zur selbstständigen Entscheidung überwiesen worden wären. In dem von den Vorstehern unterschriebenen neuesten Statut sei, wie er höre, keine Gefahr für die Stadt vorhanden, es seien volle Garantien geboten. Er habe gehört, daß darin die ausdrückliche Bestimmung enthalten sei, daß die Intraden des Lazareths nach wie vor im Interesse der Stadt ihre Verwendung finden sollten. Er erwähnt schließlich, daß Hr. Geheimrath Esse erklärt habe, nur mit den Vorstehern unterhandeln zu wollen. Herr v. Winter bemerkt, daß wenn diese Erklärung, dem Magistrat nicht zuzuziehen, wirklich gegeben sei, so sei damit die erste Frage des Hn. Krüger am besten beantwortet. Der Meinung des Hn. Krüger, daß es genüge, wenn in dem Statut die Bestimmung enthalten sei, daß die Mittel der Stiftung im Interesse der Stadt verwendet werden, müsse er entgegengetreten. Nur wenn die städtischen Behörden, wie bisher, die Controle über die Verwaltung hätten, sei eine hinreichende Garantie gegeben. — Hr. Geheimrath Esse glaubt, so leid es ihm auch thue, sich gegen das Verhalten der Vorsteher ganz entschieden aussprechen zu müssen. Er theilt mit, wie er, der zwei Vorsteher zu seinen persönlichen Freunden zähle, als er von dem Vorhaben gehört, daß das neue Statut des andern Tages von denselben unterschrieben werden sollte, sich alle Mühe gegeben habe, sie davon abzubringen und wie dringend er es ihnen ans Herz gelegt, das Interesse der Stadt nicht in dieser Weise zu gefährden. Und dennoch müßte er annehmen, daß die Unterschriften geleistet worden seien. Sein Gewissen und Gefühl als Bürger der Stadt gebieten ihm jetzt im Sinne der Magistratsvorlage eine ganz bestimmte Stellung einzunehmen. Er halte es für seine erste Pflicht, die Interessen der Stadt mit Hintansetzung persönlicher Sympathien zu wahren und er werde deshalb für Annahme der Magistratsvorlage stimmen.

Herr Dr. Pwlo: Er habe stets dafür gestimmt, daß das Lazareth zu einem städtischen Institut erklärt werde. Er wolle heute nur gegen Hr. J. C. Krüger in Bezug auf die angeblich vorausgesetzliche Nichtgefährdung städtischer Interessen darauf aufmerksam machen, daß bereits heute schon ein Gebäude, in welchem bisher 70 bis 80 Kranke untergebracht waren, geschlossen worden sei; über einem zweiten Gebäude schwebte bereits das Damoclesschwert und man könnte vielleicht einmal hören, daß die Herren Vorsteher geschlossen hätten, statt z. B. 400 Kranke, nur 200 aufzunehmen. Glücklicherweise sei angeblich der Gesundheitszustand ein günstiger, wie aber, wenn wir mit einer Epidemie oder dergleichen heimgesucht würden? Dann wäre die Stadt doch gezwungen, mit großen Opfern eine eigene Krankenanstalt zu bauen. Er halte das Interesse der Stadt, wie auch Herr v. Winter ausgeführt habe, nur dann für gewahrt, wenn die Stadt auch eine Stimme und Controle bei der Verwaltung habe.

Herr Biber erklärt sich ebenfalls in diesem Sinne für die Ansicht des Magistrats.

Herr Klose tritt wiederholt, die Sache nicht zu über-eilen, wird aber von Herrn v. Winter darauf aufmerksam gemacht, daß der Antrag das Datum vom 15. Juli trage, von einer Uebereilung also keine Rede sein könne.

Es wird hierauf auf besondern Antrag zur namentlichen Abstimmung geschritten und der in der Morgennummer wörtlich mitgetheilte Antrag mit 34 gegen 5 Stimmen angenommen.

Für Annahme der Vorlage haben gestimmt die Herren: Berger, Biber, Bischoff, Boeszerwey, Burau, Danne, Devrient, Fischer, Glaubig, Grabo, Gätner, Hase, Haugmann, Hensdewerk, Hybenthal, Irens, Jansen, Köhler, Kämmerer, Kaß, F. W. Krüger, Kuhl, Liebert, Lidwin, Pich,







